Analysten bewerten die erste Hälfte der Amtszeit von Präsident Luiz Inácio Lula da Silva und geben Prognosen für die nahe Zukunft ab. Der Jahreswechsel markierte den Beginn der zweiten Hälfte der dritten Regierung von Lula. Diese wurde 2022 von einer breiten Front an Parteien gewählt, die den Bolsonarismus bei den Wahlen besiegten und, wie jetzt bekannt ist, einen koordinierten Putschversuch hochrangiger Militärs überlebten. Von **Leonardo Fernandez**.

Die Regierung Lula 3 beendet die erste Hälfte ihrer Amtszeit mit einigen Erfolgen. Es ist ihr bereits im ersten Jahr gelungen, die Politik der Ausgabenbegrenzung mit der Verabschiedung des neuen steuerlichen Rahmens zu beenden und die erste Phase der Steuerreform, die die Verbrauchssteuern betrifft, sowie deren Regelung im Jahr 2024 zu verabschieden.

Und das Wichtigste, so der Politikwissenschaftler Valério Arcary: Die effektive Wiederaufnahme von Politiken und Programmen, die von der vorherigen Regierung lahmgelegt worden waren.

„Wir haben die Wiederaufnahme öffentlicher Politiken in verschiedenen Bereichen, die fortschrittlich sind. Wir sprechen von der Beibehaltung der Quoten im brasilianischen öffentlichen Bildungssystem und in der Sekundarstufe, in den Universitäten und in den Bundesinstituten. Wir sprechen von der Neupositionierung der Ibama bei der Feuerüberwachung, dem Einsatz der Bundespolizei in den Yanomami-Gebieten, der Verteidigung von Kameras für die Militärpolizei im Bereich der öffentlichen Sicherheit, wir sprechen von Maßnahmen, die sich auf die Umstrukturierung des Sozialhilfesystems beziehen. Es gab einen Wendepunkt im Vergleich zu den fast apokalyptischen vier Jahren von Jair Bolsonaro”, analysiert Arcary.

Aus sozialer Sicht ist die gravierende Ernährungsunsicherheit in Brasilien im ersten Jahr der Regierung um 85 Prozent zurückgegangen, so der im Juli veröffentlichte UN-Bericht über den Stand der Ernährungsunsicherheit in der Welt (Sofi 2024). In absoluten Zahlen ausgedrückt, mussten im Jahr 2023 14,7 Millionen Menschen im Land nicht mehr hungern. Die schwere Ernährungsunsicherheit, von der im Jahr 2022 17,2 Millionen Brasilianer betroffen waren, ist auf 2,5 Millionen gesunken, von acht auf 1,2 Prozent der Bevölkerung.

In einem Interview mit *Brasil de Fato* im Oktober 2024 sprach der Minister für soziale Entwicklung und Hungerbekämpfung (MDS) Wellington Dias über die Ergebnisse des von ihm koordinierten Bereichs. „Wir haben 24,4 Millionen Menschen vom Hunger befreit. Wir haben die extreme Armut auf den niedrigsten Stand in der Geschichte reduziert, was bedeutet, dass wir den niedrigsten Ungleichheitsindex, gemessen am Gini-Index, erreicht

haben, der bei 0,490 liegt. Und warum? Weil sich die Einkommen verbessert haben. Die Einkommen aller Personen stiegen um 11,5 Prozent und die der Ärmsten um 38,6 Prozent”, sagte der Minister.

Die Verbesserung der Einkommen der Brasilianer in Verbindung mit der neuen Steuerpolitik wirkte sich auch auf das Wirtschaftswachstum aus. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Landes wuchs in den letzten zwei Jahren um mehr als drei Prozent und übertraf damit die Prognosen des Finanzmarktes.

Für Arcary ist der Kern des Problems jedoch noch nicht überwunden: die enorme Ungleichheit, die in der brasilianischen Gesellschaft fortbesteht, und die hohe Konzentration der Einkommen. „Wir sehen ein Land, das warmläuft, das über eine größere Produktionskapazität verfügt, dem es gelungen ist, eine kleine positive Fluktuation des Verbrauchs zu gewährleisten, in dem aber die Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung äußerst prekär sind. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, einen sehr kritischen Blick zu haben und zu sagen: Das allein reicht nicht aus”, betont er.

Nach Angaben des brasilianischen Instituts für Geographie und Statistik (IBGE) lag die Arbeitslosenquote in Brasilien im dritten Quartal 2024 bei 6,2 Prozent und damit auf dem niedrigsten Stand seit 2012, dem Beginn der Erhebung der kontinuierlichen nationalen Haushaltsstichprobe (Pnad Continua).

Arcary weist jedoch auf den hohen Grad an Informalität unter den brasilianischen Arbeitnehmern hin. „Der strukturelle Vorteil des brasilianischen Kapitalismus ist das reichhaltige Angebot an Arbeitskräften, und wenn eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs beginnt, kommt es zu einer Ausweitung der formellen Beschäftigung. Es gibt 38 Millionen Arbeitsplätze, auch wenn die überwiegende Mehrheit dieser Arbeitsplätze sehr niedrig entlohnt wird. Gleichzeitig nimmt aber auch die informelle Beschäftigung zu. Wir haben bereits mindestens 40 Millionen Menschen im informellen Sektor”, analysiert er.

Stillstand bei der Landreform

Der Wirtschaftswissenschaftler und nationale Vorsitzende der Landlosenbewegung (MST) João Pedro Stedile kritisiert die Agraragenda der Regierung Lula: Die Agrarreform sei „paralysiert”, die Regierung habe in den letzten zwei Jahren keine einzige Enteignung vorgenommen. Er meint, die Regierung sitze in der „Falle”.

„Lulas Regierung ist eine ‘gefangene’ Regierung. Mit anderen Worten: Selbst wenn du den politischen Willen hast, den Armen zu helfen, kannst du es nicht tun”, sagte Stedile. „Die

Landreform ist ins Stocken geraten, seit zwei Jahren hat es keine Enteignungen mehr gegeben. Es gibt einen guten Willen, das Problem im nächsten Jahr zu lösen, okay, es gibt einen guten Willen. Aber die Bilanz ist negativ”, sagte er auf einer MST-Veranstaltung in São Paulo Anfang Dezember.

Die MST hat öffentlich ihre Unzufriedenheit mit der Führung des Ministers für landwirtschaftliche Entwicklung (MDA) Paulo Teixeira zum Ausdruck gebracht und fordert, dass die Regierung ihren Kurs ändert, um den Forderungen der landlosen Arbeiter nachzukommen. Nach Angaben der Bewegung leben mindestens 65.000 Familien in Lagern und warten auf die Legalisierung ihrer Ländereien. „Wir wollen die Ansiedlung der 65.000 Familien der MST. Wir akzeptieren nichts Geringeres als das”, erklärte ein weiterer nationaler Anführer der Bewegung, João Paulo Rodrigues.

Der MST setzt sich auch ein für die Wiederaufnahme der Investitionen in das Nationale Programm für Bildung in der Agrarreform (Pronera), die Umstrukturierung des Haushalts des Instituto Nacional de Colonização e Reforma Agrária (Incra) und die Fortführung des Programms Desenrola Rural, das sich bereits in der ersten Phase der Umsetzung befindet.

Angesichts der Kritiken zeigte sich Teixeira gelassen und kündigte Maßnahmen an, die nach seinen Worten „die Mitglieder der Contag [Nationale Vereinigung der Landarbeiter] und alle Landarbeiter Brasiliens zusammenbringen werden”, so der Minister, der den Ärger auf Probleme in der Kommunikation des Ministeriums zurückführte.

Bezüglich der Verzögerung bei der Ankündigung der Maßnahmen verteidigte sich der Minister: „Jeder Wiederaufbau braucht seine Zeit, denn man muss die Trümmer beseitigen, die den Fortschritt dieser Programme verhindert haben. Sie haben einen Berg errichtet, um die MDA an der Rückkehr zu hindern, und wir mussten ihn ebnen, wir mussten diesen Schutt entfernen, damit wir jetzt diese große Übergabe durchführen können, die schon früher hätte erfolgen sollen. Warum wurde sie nicht früher durchgeführt? Weil unserer Meinung nach derjenige, der es hätte tun sollen, Präsident Lula war und er ein ernstes Gesundheitsproblem hatte, was allgemein bekannt ist.”

Unter anderem kündigte der MDA-Chef die Enteignung und Übergabe von fünf Gebieten an, in denen sich MST-Lager befinden. Die Bewegung drängte auch darauf, dass die Dekrete noch vor Weihnachten von Präsident Lula unterzeichnet werden sollten, was jedoch nicht geschah.

Vergiftet

Ein weiterer Spannungspunkt zwischen der Regierung und den Volksbewegungen ist die Frage der Pestizide. Präsident Lula selbst verteidigte in Erklärungen die Reduzierung des Einsatzes dieser gesundheits- und umweltschädlichen Produkte. „Es kann nicht sein, dass 80 Prozent der in Deutschland verbotenen Pestizide hier in Brasilien verkauft werden, als ob wir eine Bananenrepublik wären”, sagte der Präsident im September.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Viehzucht und Versorgung (Mapa) vertritt jedoch einen konträren Standpunkt zu dem des Präsidenten. Die Bediensteten des Mapa haben institutionelle Räume besetzt, um Pestizide zu verteidigen und sich gegen jede Änderung der Politik in Bezug auf den Einsatz von Pestiziden zu wehren. Nach Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ist Brasilien der größte Verbraucher von chemischen Mitteln und übertrifft damit die USA und China zusammen.

Die Weigerung des Landwirtschaftsministeriums, sich an das Nationale Programm zur Reduzierung von Pestiziden (Pronara) zu halten, war der Grund für die wiederholte Verschiebung des Nationalen Plans für Agrarökologie und ökologische Produktion, der schließlich im Oktober ohne den Inhalt von Pronara auf den Weg gebracht wurde.

Aus einem im November veröffentlichten Bericht des Bundesfinanzministeriums geht hervor, dass die Unternehmen des Pestizidmarktes zwischen Januar und August 2024 mehr als 21 Milliarden Reais an Steuerbefreiungen erhalten haben.

Diese Steuerprivilegien für den Pestizidmarkt sind Gegenstand der Verfassungsklage (ADI) 5553, die von der Partei für Sozialismus und Freiheit (Psol) beim Bundesgerichtshof eingereicht wurde und die die dem Sektor gewährten Steuerbefreiungen infrage stellt. Die Psol argumentiert, dass die Steuerbefreiungen nicht nur ein Loch in die öffentlichen Kassen reißen, sondern auch soziale und wirtschaftliche Kosten für den Staat und die brasilianische Bevölkerung verursachen, da die Produkte gesundheits- und umweltschädlich sind.

Im Gegensatz dazu hat der Nationalkongress in den Text des Gesetzentwurfs zur Steuerreform die Gewährung eines 60-prozentigen Steuerrabatts für diesen Sektor aufgenommen.

„Während des gesamten Prozesses der Reform in der Abgeordnetenkammer, nach dem Senat, haben wir versucht, Pestizide aus dieser 60-prozentigen Befreiungskategorie herauszunehmen, da sie keine wesentlichen Produkte für die landwirtschaftliche Produktion sind und keinen relevanten Einfluss auf den Preis von Lebensmitteln haben”, berichtet Alan Tygel, Mitglied der Ständigen Kampagne gegen Pestizide und für das Leben. „Wenn das Ziel

darin bestünde, den Preis von Lebensmitteln zu senken, was ein sehr wichtiges Ziel ist, dann muss dies durch Steuern auf Lebensmittel geschehen und nicht durch eine Produktionskette, die nicht nur die Produktion beeinflusst, sondern auch die Umwelt belastet. Die Umwelt beeinträchtigt die Gesundheit”, sagte er.

Beschwerden in Ministerien

Am 6. September stürzte der damalige Minister für Menschenrechte (MDH) Sílvio Almeida wegen eines schweren Vorwurfs der sexuellen Belästigung. Almeida wurde beschuldigt, eine Esplanada-Kollegin, die Ministerin für ethnische Gleichstellung Anielle Franco, belästigt zu haben, und löste damit die erste interne Krise in der Esplanada dos Ministérios aus. Obwohl er die Vorwürfe bestritt, wurde der Minister seines Amtes enthoben. „Ein Verbleib in der Regierung ist nicht möglich, weil die Regierung ihrem Diskurs, ihrer Verteidigung der Frauen nicht gerecht wird mit jemandem, der der Belästigung beschuldigt wird”, sagte der Präsident der Republik damals, kurz bevor er beschloss, Almeida zu entlassen.

An seiner Stelle ernannte Lula den Pädagogen und späteren Abgeordneten des Bundesstaates Minas Gerais, Macaé Evaristo (PT), der sich mit diesen und anderen Belästigungsvorwürfen von Mitarbeitern des Ministeriums befassen sollte. „Die Idee ist, dass wir alle notwendigen Verfahren durchführen können, wobei die Rechte der Beschwerdeführer sowie das umfassende und vollständige Recht auf Verteidigung gewährleistet werden”, sagte der neue Minister bei seinem Amtsantritt.

Noch im September enthüllte *Brasil de Fato* eine Reihe von Anschuldigungen gegen den nationalen Sekretär für die Rechte von Kindern und Jugendlichen Claudio Augusto Vieira da Silva. In den Berichten wurden ein feindseliges Arbeitsumfeld im MDH und eine Reihe von Fällen moralischer Belästigung von Mitarbeitern der Behörde beschrieben. Nach Bekanntwerden der Fälle entließ der Minister den Sekretär.

Abhängigkeit von Lula

Der letzte Monat des Jahres war voller Emotionen. Nach langem Hin und Her legte die Regierung ein Paket von Maßnahmen zur Haushaltsanpassung vor, um die Zielvorgaben des Haushaltsrahmens zu erfüllen. Gleichzeitig verschlechterten sich die Beziehungen zwischen Parlament und Regierung durch den Wirbel um die Veröffentlichung der parlamentarischen Änderungsanträge nach der Entscheidung des Obersten Bundesgerichts (STF), die Überweisungen auszusetzen.

Angesichts der Drohung der Abgeordneten, das Steuerpaket abzulehnen, musste Präsident Lula selbst aktiv werden und sich mit den Führern des Kongresses abstimmen, um die Maßnahme zu verabschieden. Mitten in den Verhandlungen musste Lula Brasilia verlassen, um sich einem medizinischen Eingriff zur Entfernung eines Blutgerinnsels im Gehirn zu unterziehen, was eine weitere Schwächung der Regierung in diesem Prozess darstellte.

João Paulo Rodrigues kritisiert die extreme Abhängigkeit der Regierung von ihrem Präsidenten. „Man hat den Eindruck, dass wir drei Hauptakteure in dieser Regierung haben: Luiz, Inácio und Lula, das heißt, wir haben keine anderen Figuren”, kritisiert er. „Wenn der Präsident zum Beispiel ins Krankenhaus muss oder wenn Lula auf Reisen geht, gibt es keinen Kern von Personen, der die Entscheidungsgewalt über das gesamte System der Republik hat.”

Für Arcary ist diese Abhängigkeit das Ergebnis einer gescheiterten Verständigungsstrategie. „Diese ‘Lula-Abhängigkeit‘ ist in der Tat ein Verzicht auf politische Initiative und beruht auf einer Strategie, die sich bis heute als unzureichend erwiesen hat, nämlich der Vorstellung, dass es möglich ist, durch ständige Verhandlungen mit der Mitte die Ultrarechte zu isolieren und Bolsonaro zu schwächen; und gleichzeitig die Regierungsfähigkeit durch aufeinanderfolgende Pakte zu garantieren”, argumentiert der Politikwissenschaftler. „Es ist nicht die Regierung Lula, die in der Offensive ist, sondern die herrschende Klasse, die von [Finanzminister Fernando] Haddad die volle Regierungsgewalt und eine tiefgreifende Steueranpassung fordert. Durch diese Kombination aus Schlafwandeln und politischem Winterschlaf ist die Regierung in die Enge getrieben”, analysiert er.

Die Politikwissenschaftlerin Joyce Luz sieht ebenfalls eine Schwäche der Regierung in der Konzentration der Macht auf den Präsidenten. „Bei allen Verhandlungen, die den größten Einsatz von Macht erforderten, war es notwendig, dass Lula diese Rolle spielte.” Die Schwierigkeit der politischen Umsetzung für die Regierung führt Luz jedoch auf das eindeutig konservative und rechte Profil des Nationalkongresses zurück, der „schwer zufriedenzustellen ist”.

Ansätze für 2025

Obwohl die Mitglieder der Regierung die Notwendigkeit einer Ministerreform Anfang 2025 bestreiten, sagen die Gesprächspartner des Präsidenten, dass dies geschehen soll. Neben Teixeira ist ein weiterer, Paulo Pimenta, Zielscheibe interner und externer Kritik gewesen. Präsident Lula selbst übte öffentlich Kritik an der Kommunikationsstrategie der Regierung. „Es gibt einen Fehler der Regierung im Bereich der Kommunikation, und ich bin

verpflichtet, die notwendigen Korrekturen vorzunehmen, damit sich die Leute nicht darüber beschweren, dass sie nicht gut kommuniziert”, erklärte der Präsident im Dezember auf einer Veranstaltung der Perseu-Abramo-Stiftung in Brasilia.

Die Person, die voraussichtlich 2025 ein Regierungsamt übernehmen wird, ist die derzeitige PT-Vorsitzende Gleisi Hoffmann, die Mitte nächsten Jahres von der Parteiführung zurücktreten wird. Seit seinem Amtsantritt hat Lula den Wunsch geäußert, dass die derzeitige Bundesabgeordnete ein Regierungsamt übernimmt. Es wurde über weitere Wechsel spekuliert, so im Generalsekretariat der Präsidentschaft, das derzeit von Minister Márcio Macedo geleitet wird; im Verteidigungsministerium, das von José Múcio Monteiro geführt wird, sowie im Ministerium für institutionelle Beziehungen (MRI), das für die politische Artikulation der Regierung zuständig ist. Alexandre Padilha ist der verantwortliche Minister für das Ministerium für institutionelle Beziehungen (MRI).

In den Präsidien des Föderalen Senats und der Abgeordnetenkammer wird es einige Veränderungen geben, da kurz nach der Rückkehr aus der Parlamentspause neue Vorstände gewählt werden. Joyce Luz ist der Ansicht, dass das Ausscheiden von Arthur Lira (Progresistas-AL) aus dem Präsidium der Abgeordnetenkammer positiv ist und dazu beitragen kann, die Beziehungen zwischen der Exekutive und der Legislative zu verbessern. „Ich glaube, dass sich dieses Verhältnis mit der Wahl eines anderen Parlamentspräsidenten etwas stabilisieren und die Machtkonzentration, die Lira in den letzten vier Jahren aufgebaut hat, abbauen wird.”

Bislang gilt Hugo Motta (Republikaner-PB) als Favorit, der von der Regierung und dem Centrão unterstützt wird. Im Senat ist der Name des ehemaligen Präsidenten der Kammer, Senator Davi Alcolumbre (União-AP), der Favorit, der auch mit den Stimmen der Anhänger von Regierung und Opposition rechnen kann.

Arcary ist dagegen skeptisch, was die Verbesserung der institutionellen Beziehungen angeht. „Ich denke, dass die Beziehungen der Regierung zum Nationalkongress ebenso angespannt sein werden wie die Beziehungen zur herrschenden Klasse”, sagt der Politikwissenschaftler, der die von Teilen der Linken befürwortete und angenommene Strategie der Annäherung an die politische Mitte als Mittel zur Erweiterung ihrer politischen Reichweite ablehnt.

„Die Taktik, sich der Mitte zuzuwenden, ist eine selbstmörderische Taktik. Sie lässt zu, dass es heute in Brasilien eine politische Hegemonie der Ultrarechten gibt, und sucht nach einem Schleichweg, um den ideologischen Kampf zu vermeiden. Es ist Aufgabe der Linken, den Kampf um Werte, den Kampf um Projekte zu führen.” Außerdem plädiert Arcary dafür,

dass sich die Regierung in der Kampagne gegen die Amnestie für die Putschisten engagiert, um eine soziale Mobilisierung zu fördern, die den Neofaschismus brasilianischer Prägung ein für alle Mal besiegen kann.

„Es ist notwendig, dass von der Regierung, die ein Instrument des Kampfes ist, eine ‘Nein zur Amnestie’-Kampagne ausgeht. Das Jahr 2025 wird eine historische Herausforderung darstellen, und Lula wird sich seinem Schicksal stellen. Das wichtigste Werk Lulas ist derzeit der Kampf, die Ultrarechten zu besiegen. Das ist die Rolle, die er in der Geschichte einnimmt”, sagt Arcary. „Es gibt eine Chance, und wenn Chancen geopfert werden, ist der Preis in den kommenden Jahren sehr hoch”, so der Analyst abschließend.

Titelbild: Shutterstock / Jürgen Nowak

Übersetzung: Vilma Guzmán, Amerika21.

Mehr zum Thema:

Brasilien: Enthüllung neuer Details über geplanten Staatsstreich inklusive Ermordung von Präsident Lula

Putschversuch in Brasilien: Was bisher bekannt ist

Brasilien im Aufschwung?

Der brasilianische Journalist Luiz Carlos Prestes über die Geschichte Brasiliens, den Kampf gegen die Oligarchie und seine Zeit in Moskau